Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 62 (1968)
Heft: 10

Artikel: Weltrundschau : die Tschechoslowakei kapituliert ; Eine echte Revolution ; Neue Friedenspolitik ; Von Vietnam bis Portugal ; Revolutionäre Katholiken in Lateinamerika
Autor: Kramer, Hugo
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-141474

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

lonialreiche geschenkt. Er vermittelt alles Wesentliche dieser Vorgänge und erlaubt dem Leser, sich eine persönliche Meinung zu bilden, indem er nicht nur einer Partei, sondern allen das Wort gibt und oft die wichtigsten Reden von Staatsmännern zu diesen Problemen zitiert. Das zehnseitige Register hilft dem Leser sich zu orientieren, so dass das Buch als Nachschlagewerk von grösstem Wert für alle jene ist, die mit diesen Fragen zu tun haben. Sehr zu Recht zitiert Franz Ansprenger auf der letzten Seite seines Werkes eine Hoffnung Sun Yat-sens, die er 1924 zum Ausdruck brachte:

«Wenn die Tage unseres Wohlstandes anbrechen, sollten wir (Chinesen) die Schmerzen und Elend nicht vergessen, die wir gegenwärtig unter dem politischen und wirtschaftlichen Druck fremder Grossmächte erleiden. Wenn unser Land erstarkt, müssen wir die Befreiung jener Nationen übernehmen, die in derselben Weise leiden, wie wir es in der Gegenwart tun... Wir sollten unsere überlieferten moralischen Werte und unsere Friedensliebe als Grundlage unserer nationalen Wiedererneuerung betrachten und dem Tag entgegenblicken, an dem wir an führender Stelle an einem Wiederaufbau der Welt im Zeichen der internationalen Gerechtigkeit und auf der Grundlage des guten Willens mitwirken werden.» «Hoffen wir!» schreibt Franz Ansprenger, «Denn hier endet die Zuständigkeit des Historikers.» M. F.

WELTRUNDSCHAU

Die Tschechoslowakei kapituliert

* Der Kampf um die Tschechoslowakei beschäftigt weiterhin unser aller Aufmerksamkeit und teilnehmendes Gefühl in höchstem Mass. Für einen grossen Teil der Weltöffentlichkeit stehen allerdings die *internationalen* Auswirkungen der Besetzung der Tschechoslowakei im Vordergrund, und das ist an und für sich begreiflich genug. Aber deshalb anzunehmen (wie es jetzt vielfach geschieht), dass für die Sowjetunion und die anderen vier Staaten des Ostblocks der entscheidende Grund ihres militärischen Eingreifens eine vom Westen her drohende Herüberziehung der Tschechoslowakei ins kapitalistische Lager und die angeblich gegenrevolutionäre Entwicklung in der Tschechoslowakei selbst nur der willkommene äussere Anlass für den Einmarsch der Truppen des Warschaupaktes gewesen sei, ist dennoch ganz abwegig. In Tat und Wahrheit ist es eher umgekehrt. Eine für die Einigkeit im Warschaupakt gefährliche Zuspitzung des alten Gegensatzes zwischen West- und Ostblock, die ein rasches militärisches Handeln Moskaus notwendig gemacht hätte, war im Ernst während der ersten Hälfte des laufenden Jahres nicht zu erkennen; hingegen war besonders für die herrschende Kaste in der Sowjetunion die *Reformbewegung* in der Tschechoslowakei seit Januar 1968 derart bedrohlich geworden, dass sich ihr eine gewaltsame «Lösung» des Konfliktes im osteuropäischen Kommunismus förmlich aufdrängte. Da aber die dafür angeführten Gründe ausserhalb des engsten Kreises der Gefolgschaft Moskaus nirgends Glauben fanden, spielte die Sowjetpropaganda die aussenpolitische Gefahr für den Zusammenhalt des Ostblocks künstlich hoch, die willkommene Gelegenheit geschickt ausnützend, Europa und der Welt die völlige Unhaltbarkeit und Gefährlichkeit besonders der westdeutschen Ostpolitik klar und scharf vor Augen zu führen

und deren Preisgabe als unerlässliche Vorbedingung für eine wirkliche Befriedung Europas neuerdings mit aller Eindringlichkeit zu verlangen. **

Der entscheidende Nachdruck lag für den Kreml tatsächlich von Anfang an auf der angeblichen «Gefahr eines brudermörderischen Kampfes, den die Reaktion in der CSSR vorbereitet hatte», wie es in dem berühmten Artikel der Moskauer «Prawda» vom 22. August hiess. Schon der erste Satz dieses hochamtlichen Artikels, der in allen Sprachen massenhaft verbreitet wurde, sagte in dieser Hinsicht alles: «Partei- und Staatsführer der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik haben sich an die Sowjetunion und die anderen verbündeten Staaten mit der Bitte gewandt, dem tschechoslowakischen Brudervolk unverzüglich Hilfe zu leisten, einschliesslich der Hilfe mit Streitkräften. Diese Bitte ist auf die Gefahr zurückzuführen, die der in der Tschechoslowakei bestehenden sozialistischen Ordnung und der in der Verfassung verankerten Staatlichkeit von Seiten der konterrevolutionären Kräfte im Verein mit antisozialistischen äusseren Kräften droht.» Die Lügenhaftigkeit dieser Eröffnungssätze in der «Prawda» (Prawda heisst auf deutsch Wahrheit) ist natürlich mit Händen zu greifen. Sie ist aber doch bezeichnend für die Bedeutung, die der Moskauer Führungskreis der *innerpolitischen* Entwicklung in der CSSR als zwingenden Grund für den Truppeneinmarsch beimass. Die Mär von der Bitte tschechoslowakischer Partei- und Staatsführer um massive Hilfe aus der Sowjetunion ist zwar inzwischen stillschweigend fallengelassen worden. Dafür hat die «Prawda» ausgerechnet am Vorabend des dreissigsten Jahrestages von Hitlers Münchner Diktat einen Artikel veröffentlicht, der in aller Schamlosigkeit erklärt, die bisherigen völkerrechtlichen Normen von der Unantastbarkeit der staatlichen Souveränität eines Landes seien unhaltbar geworden, besonders innerhalb des Kreises der Warschaupaktstaaten. Jedes sozialistische Land habe sich dem kollektiven Willen der anderen Mitgliedstaaten – und natürlich vor allem der Sowjetunion, wie zu ergänzen ist – zu fügen und besitze keinerlei Rechtsmittel, um dagegen aufzutreten. Das hiess also einfach: Einen eigenen tschechoslowaki-

---

** Eine aussenpolitische Gefahr für die Sowjetunion, die den Truppeneinmarsch in die Tschechoslowakei gerechtfertigt hätte, hält auch Prof. F. P. Schneider, der Bonn gegenüber höchst kritische Herausgeber des «Bulletins des Fränkischen Kreises», für ganz unwahrscheinlich.

«Es ist», so schreibt er im Septemberheft, «kaum anzunehmen, dass die CSSR ohne Beachtung der vorgeschriebenen Kündigungsfrist aus dem Warschauer Pakt ausgetreten wäre und sich für die Neutralität entschieden hätte. Noch weniger wahrscheinlich ist es, dass die CSSR dem ungarischen Beispiel gefolgt wäre und sich der NATO angeschlossen hätte. Die Sowjetunion hätte weiter über den strategischen Raum der CSSR verfügen können. Eine militärische Intervention kann aber nicht auf eine — noch dazu sehr fragliche — Möglichkeit hin unternommen werden, sondern nur im Falle nachweislicher akuter Bedrohung ... Eine aktuelle Bedrohung der Sowjetunion und des Warschauer Paktsystems kann um so weniger angenommen werden, als die Initiative der USA durch die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen bis auf weiteres lahmgelegt ist, vor allem aber weil Amerika im Begriffe ist, sich mit der Sowjetunion langfristig über die Teilung der Weltherrschaft, das heisst über die gegenseitigen Interessen- und Einfluss-Sphären zu einigen. Die Bundesrepublik aber kann niemals einen militärischen Alleingang wagen.»

schen Weg zum Sozialismus gibt es nicht; es gibt nur den Weg, den die Sowjetunion gegangen ist und auch anderen Ländern vorzeichnet. Auf ihn muss auch die Tschechoslowakei zurückfinden – «und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich dir den Schädel ein», wie man derb-volkstümlich zu sagen pflegt.

Aber gerade diesen Machtanspruch der Sowjetführung lehnt die kommunistische Partei und mit ihr sozusagen das ganze Volk der CSSR mit äusserster Entschlossenheit ab. Sozialismus in Freiheit und gestützt auf den Volkswillen, «Sozialismus mit Menschenantlitz», wie Alexander Dubcek es ausdrückte, anstatt des zynisch-geistlosen Zwangssozialismus, der sich in der herrschenden Schicht der Sowjetunion regelrecht verkrustet hat – das ist der abgrundtiefe Gegensatz, um dessen Überwindung in der einen oder der anderen Richtung sich der Kampf um die Tschechoslowakei dreht. Diejenige Lösung, die auch dem Verfasser des «Prawda»-Artikels vom Tag nach dem Einmarsch der Warschaupakt-Truppen vorschwebte, nämlich die Bildung einer «wirklich revolutionären» Arbeiter- und Bauernregierung in Prag, ist den Sowjetführern auch bis heute nicht gelungen. Tagtäglich poltert man von Moskau aus gegen die «unbelehrbaren» Parteileute in der CSSR mit dem «Verräter» Dubcek an der Spitze, die den «reaktionären», zum Kapitalismus zurückstrebenden Kräften noch immer viel zu viel Spielraum liessen, trotz allen scheinbaren Zugeständnissen, die sie notgedrungen gemacht hätten. Die vielgenannte «Normalisierung» der Lage in der CSSR, so wird auf russischer, ungarischer, polnischer, ostdeutscher und bulgarischer Seite immer und immer wiederholt, sei noch weit entfernt davon, endgültige Tatsache zu sein; es gebe darum keinen anderen Weg, als mit Geduld und Festigkeit alle gegenrevolutionären Bestrebungen niederzuhalten, den Partei- und Staatsapparat Zug um Zug zu säubern und inzwischen einen Hauptteil der Besetzungsstreitkräfte – man redet von 100 000 Mann – auf tschechoslowakischem Boden zu belassen.

Der Fortgang des zähen Ringens mag im einzelnen ungewiss sein und allerlei schwankende Zwischenergebnisse bringen. Dass aber die bei aller Geschmeidigkeit doch feste Haltung der tschechoslowakischen Partei- und Staatsführer und die hinter ihnen stehende bewundernswerte Widerstandskraft der Nation zuletzt den Sieg über die Mischung von brutaler Gewalt und verlogener Listigkeit davontragen wird, die auf russischer Seite am Werk ist, daran zweifeln wir nicht einen Augenblick. Die Sache des gewaltlosen Widerstandes gegen militärisch-polizeiliche Zwangsherrschaft wird in der Tschechoslowakei eine Rechtfertigung und einen Triumph von geschichtlichem Ausmass erleben und mithelfen, den Glauben an die Macht der Waffen auch sonst überall zu erschüttern und zu zerstören.

***Nachtrag** Unsere Weltrundschau mit dem obenstehenden Text war bereits an die Druckerei abgegangen, als aus Moskau die bestürzende Kunde eintraf, dass sich auch die neue tschechoslowakische Abordnung, die in den Kreml berufen worden war, den Forderungen der sowjetischen Partei- und Staatsführer *gebeugt* habe. Die amtliche Veröffentlichung, die den «Verhandlungen» folgte, lässt keinen Zweifel darüber, wozu sich Dubcek, Cernik und Husak verpflichten

mussten: Duldung einer sowjetischen Truppenmacht von unbestimmter Stärke auf unbestimmte Zeit in der Tschechoslowakei; Verschärfung der Zensur von Presse, Radio und Fernsehen; Durchsetzung der Staats- und Parteibehörden mit unbedingt Moskau ergebenen Persönlichkeiten; unbegrenzte Einmischung der Sowjetunion in die Bestrebungen zur «Normalisierung» der Lage in der CSSR; widerspruchslose Einhaltung eines von Moskau diktierten aussenpolitischen Kurses «im Interesse der Festigung der sozialistischen Gemeinschaft und des erfolgreichen Kampfes gegen die Politik der imperialistischen Mächte». Kurz: der eigene tschechoslowakische Weg zum Sozialismus, den die Reformbewegung eingeschlagen hatte, wird verlassen werden; was Sozialismus (und was Gegenrevolution) ist und wie er verwirklicht werden soll, das bestimmt Moskau auch für die Tschechoslowakei.

Die Prager Führungsgruppe hat sich diesem neuen Diktat unterzogen, weil sie es für das kleinere Übel hält gegenüber der Gefahr einer förmlichen sowjetischen Militärdiktatur in der CSSR, und die kommunistischen Parteibehörden haben sich dieser Auffassung angeschlossen. Aber wir fragen uns, ob das grössere Übel nicht die *grundsätzliche Preisgabe des moralischen Widerstands* gegen die sowjetischen Forderungen zugunsten der Rettung eines letzten Restes von tschechoslowakischer Scheinselbständigkeit ist. Was jetzt in der Tschechoslowakei vor sich geht, ist ja doch die planmässige Zermürbung dieses Widerstandes, der unmittelbar nach der Besetzung des Landes durch die Warschaupakttruppen so prachtvoll im Volk wie in den Führungsgruppen aufgebrochen war. Und von der ungebrochenen Stärke dieses gewissenmässigen Widerstandes hängt eben zuletzt auch die ganze äussere Zukunft einer Tschechoslowakei ab, die sich selbst achten kann und Wert auf den Namen einer sich selbst regierenden Nation legt. Die früher oder später doch kommende Befreiung der CSSR von der Fremdherrschaft wird durch die vermeintliche realistische Gleichschaltung der Partei- und Staatsführung mit Moskau nur erschwert und verzögert werden.

Eine echte Revolution Die Quellen, aus denen das Volk der Tschechoslowakei seine Kraft zum sittlichen Widerstand gegen die Besetzungsmacht schöpft, sind verschiedener Art. Eine religiös-soziale Überlieferung, die bis auf Hus zurückgeht, nationales Selbstbewusstsein, Enttäuschung über das wirtschaftliche Versagen des bisherigen Systems und andere Antriebe wirken hier zusammen, um ein revolutionäres Klima zu erzeugen, das kein sowjetischer Kälteeinbruch mehr aus der Welt zu schaffen vermag. Besonderen Eindruck hat mir der Artikel eines tschechoslowakischen Studenten gemacht, der im «New Statesman» (6. September) zu erklären versucht, wieso sein Volk den Mut fand, einem scheinbar übermächtigen Unterdrücker die Stirn zu bieten. Den Hauptgrund sieht er in den politischen Prozessen der Jahre 1948 bis 1954. «Diese böse Episode», so stellt er fest, «vernichtete die Fähigkeit, anständig zu denken, und stürzte das ganze Land in einen Zustand tiefer moralischer Krise.» Zuerst wurden nur wirkliche Gegner des neuen Regimes verhaftet. Dann kamen aber auch «mögliche Feinde» an die Reihe. «In diesem Hexenjagdklima, in dem die Zensur keinen freien Gedanken zuliess, pflanzten sich Hysterie und Verdächtigung von selber fort.» Schliesslich wurden die «möglichen Feinde» in der Kommunistischen Partei selber ausgerottet, eingeschlossen Parteisekretär Slansky und Aussenminister Clementis, die mit elf anderen hochgestellten Kommunisten hingerichtet wurden. «Das Ziel war, zu verhindern, dass irgend jemand noch eine eigene Meinung hatte... In guten Treuen und völliger Verwirrung zeigten Frauen ihre Männer an, Eltern ihre Kinder, Freunde

ihren Freundeskreis. Nur zwei oder drei Menschen im Land wussten, was wirklich vorging.»

Als dann aber endlich im Frühling dieses Jahres die Wahrheit herauskam, als bekannt wurde, dass in einem Volk von 14 Millionen etliche dreissigtausend Menschen als «Staatsverbrecher» verurteilt worden waren, da wirkten diese Enthüllungen wie ein ungeheuer wuchtig geführter Stoss in das Gewissen der Partei und der Nation. Eine tiefgreifende *sittliche Reinigung* brach allenthalben durch. «Unsere kommunistische Partei wurde im Lauf von ein paar kurzen Wochen zur führenden moralischen Autorität im Kampf mit einer anderen kommunistischen Partei... Ein schwächeres Volk, wie etwa die Westdeutschen, wäre vielleicht nicht fähig gewesen, aus diesem Misthaufen heraus eine neue Sittlichkeit zu schaffen. Aber die Tschechen fühlten, dass der Sozialismus im Verein mit der Demokratie das Problem lösen könne... Die Hoffnung auf eine neue, menschliche Art von Sozialismus brachte Menschen, die noch vor einem Jahr voller Gleichgültigkeit und Furcht waren, auf die Strassen und stellte sie gegen die Panzerwagen.»

So der tschechische Student. Nun erheben sich freilich in Westeuropa Stimmen aus unabhängig kommunistischen oder sozialistischen Kreisen, die rundweg bestreiten, dass es sich in der Tschechoslowakei überhaupt um eine wahrhaft sozialistische Revolution handle. Zu diesen Kritikern gehört auch Konrad Farner, der in der «Neuen Presse» (Zürich) an der tschechoslowakischen Erhebung gerade das vermisst, was der tschechische Student als die treibende Kraft des grossen Umschwungs erkennt: «die umfassende neue Sozialethik», die «die unabdingbare Grundvoraussetzung» eines grundsätzlichen revolutionären Umbaus sei. Im Grund, so behauptet er, seien Tschechen und Russen gar nicht so weit voneinander entfernt, wie es scheine; der «erstarrte dogmatische Revisionismus» der Russen stehe nur einem «lebendigen, undogmatischen Revisionismus» gegenüber, wie er sich in der Tschechoslowakei bekunde und mit dem er allein noch gewaltmässig fertig zu werden hoffen könne. Die wahre Revolution geschehe heute in China, wo nicht nur die wirtschaftliche Grundlage für den Sozialismus geschaffen, sondern auch das revolutionäre Bewusstsein geweckt werde, als geistige Erziehung im Sinn einer umfassenden Sozialethik.

Ich halte die Voraussetzung dieser Beweisführung für ebenso irrig wie ihre Folgerung. Alle Zeugnisse, die wir von unantastbar sozialistisch gesinnten Tschechoslowaken – und nicht von noch so selbständig denkenden Aussenseitern – besitzen, stimmen darin überein, dass in ihrem Volk eine wirklich sozialistische Umwälzung im Gang ist, dass also die sowjetische Anklage unwahr ist, es handle sich in der CSSR um einen verdammenswerten «*Revisionismus*», ja um reaktionär-gegenrevolutionäre, bewusst oder unbewusst zum Kapitalismus zurückstrebende Kräfte, die von den Dubcek, Svoboda, Cernik und ihren Mitarbeitern geduldet, wenn nicht ermutigt worden seien. Um nicht Stimmen aus «verdächtigen» christlichen Kreisen anführen zu müssen, beschränke ich mich hier auf die Wiedergabe weniger Sätze aus dem offenen Brief des Prager Professors Machovec an

«alle Wissenschafter und Studenten der ganzen Welt», eines Mannes, der, wie er schreibt, «auf dem Gebiete des hoffnungsvoll keimenden Dialogs zwischen den marxistischen Atheisten und den Gottgläubigen» arbeitet, also Farner geistig recht nahe stehen dürfte. «Ich kenne» – so betont Machovec – «vor allem ausführlich die Situation und Entwicklung in meiner Heimat und kann Ihnen, besonders den linksorientierten und marxistischen Kollegen, verehrte Freunde, mein Ehrenwort geben, dass es in der Tschechoslowakei vor der sowjetischen Aggression überhaupt keine ‚Konterrevolution' oder ‚Antisozialismus' gab, sondern dass die Mehrheit der Bevölkerung begeistert war für den Sozialismus, für die Humanisierung und Demokratisierung auf den ökonomischen und politischen Grundlagen des Sozialismus, für Alexander Dubcek als den führenden Erneuerer der humanistischen Prinzipien der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Ich versichere Ihnen als Kenner der Situation, dass nicht nur gewisse ‚Kreise' der Studenten oder der Schriftsteller, sondern sowohl früher als auch jetzt die absolute Mehrheit der Bevölkerung hinter Dubcek steht; dass diese nicht für ‚Rückkehr zum Kapitalismus', sondern für den humanistischen Sozialismus begeistert war und ist.» Wenn diese Darstellung der Lage in der Tschechoslowakei richtig ist – und ich sehe keinen Grund, ihr zu misstrauen –, dann haben nicht nur die Sowjetrussen (und ihre Freunde) das Recht verwirkt, sich als Retter des Sozialismus aufzuspielen, des Sozialismus, dem sie vielmehr moralisch und politisch unermesslich geschadet haben, was gewiss auch Farner anerkennt. Dann gibt es auch keine stichhaltige Erklärung für die Brutalität und Verlogenheit, mit der die Sowjetkommunisten über ein «Brudervolk» hergefallen sind, das angeblich im gleichen revisionistischen Spital krank ist wie sie selber. Der Gegensatz zwischen einem «erstarrten, dogmatischen» Revisionismus, der den Sozialismus aufgeweicht hat und verbürgerlicht geworden ist, und einem «lebendigen» Revisionismus, der aber ebenfalls im Grund verbürgerlicht sei und beim Kapitalismus zu landen drohe, *dieser* Gegensatz genügt bei weitem nicht, um die Todfeindschaft zwischen der tschechoslowakischen und der russischen Geisteshaltung in dieser ganzen Krise zu erklären. (Noch viel weniger erklärt sie sich natürlich, wenn man mit H. Ty. im «Zeitdienst» vom 27. September annimmt, es handle sich «bei der Reformpolitik der Dubcek-Gruppe um eine Verstärkung der gleichen Tendenzen, die schon unter Novotny wirkten und die auch in der Sowjetunion wirksam sind. Nur war der ‚tschechische Weg' zum Kapitalismus eben schneller und vor allem – unabhängig vom Kreml. *Deshalb* rollten die Panzer.» Solch willkürliche Gedankenkonstruktion, die die Tatsachen zurechtbiegt, bis sie ins vorausgezimmerte Schema passen, erledigt sich unter ernsten Menschen von selber.)

Aber auch Farners Schlussfolgerung, die wahre Revolution vollziehe sich in *China,* ist alles andere als überzeugend. Dass im neuen China Gewaltiges, Bewundernswertes geschaffen worden ist und weiter wird, habe ich hier oft genug anerkannt. Ebenso dass die Erziehungsarbeit, die im Namen Maos als «Kulturrevolution» geleistet wird, dem sowjetischen Gewaltkommunismus und schliesslich Revisionismus weit überlegen ist. Das

hebt aber die schweren Nachteile und Fehlhandlungen, die mit Maos Methode verbunden sind, in keiner Weise auf, wie an dieser Stelle gleichfalls immer wieder recht deutlich gesagt wurde. Es ist eben überhaupt falsch, sich auf eine bestimmte Kampf- und Regierungsform und eine bestimmte politisch-kulturelle Praxis als die allein echt revolutionäre festzulegen; das führt auf die Länge nur zu ähnlichen Enttäuschungen, wie sie der Sowjetkultus so vieler Sozialisten und Kommunisten erlebt hat. In dreissig oder fünfzig Jahren wird China vielleicht auf dem gleichen Tiefpunkt angekommen sein, den die Sowjetunion mit ihrem versandeten und materialisierten «Sozialismus» erreicht hat. Was wirkliche Revolution ist und wo sie sich vollzieht, das beurteilt sich immer nur auf Grund feststehender geistiger Werte und Ziele. Wir unsererseits im Kreis der «Neuen Wege» messen jede Revolution – ohne Dogmatismus und Selbstgerechtigkeit – an der Revolution Christi, die bei uns zulande Leonhard Ragaz so vollmächtig verkündet hat. Vergessen wir darum auch nicht, was Ragaz einmal gerade auch im Blick auf China gesagt hat, als er (in seinem Vortragsbuch «Von Christus zu Marx – von Marx zu Christus») die Bemerkung eines amerikanischen Schriftstellers anführte: «Ein führender nicht-christlicher Chinese, der befragt wurde, wann die Revolution in China begonnen habe, antwortete: ‚Als Robert Morrison [als erster christlicher Missionar der neueren Zeit] China betrat.'»

Neue Friedenspolitik! Wenden wir uns aber von der innerpolitischen Entwicklung in der Tschechoslowakei doch wieder den *internationalen* Ausstrahlungen des russischen Einfalls in die CSSR zu! Da ist natürlich offenkundig, dass der sowjetische Vorstoss zunächst im Westen eine regelrechte Panik und eine Stärkung der *konservativ-militärischen Kräfte* bewirkt hat. Der alte Antikommunismus hat neuen Auftrieb erhalten; der bereits erheblich gemilderte Kalte Krieg gegen den «angriffslustigen» Osten drohte sich plötzlich wieder zu verschärfen. Das militärische Kräfteverhältnis zwischen West- und Ostblock, so hörte man allgemein, nicht zuletzt auch in der Schweiz, hat sich zuungunsten der «Friedensmächte» gefährlich verschoben. Den anderthalb Millionen Mann aus den Warschaupaktstaaten hat die NATO in Europa nur 650 000 Soldaten entgegenzusetzen. 40 Divisionen der Oststaaten können heute aus ihren Stellungen, die bis zum Bayrischen Wald hin reichen, ohne weiteres gegen den Westen vorstossen. Die «Vorwarnzeit» von 48 Stunden, mit der die westlichen Generalstäbe für den Fall eines Angriffs aus dem Osten gerechnet hatten, ist fast auf Null verkürzt. Dabei hat die westdeutsche Armee noch immer ihre Sollstärke nicht ganz erreicht, während amerikanische und britische Truppen aus Westdeutschland abgezogen worden sind und die französischen Streitkräfte in der Bundesrepublik längst nicht mehr dem NATO-Kommando unterstehen. Die ganze NATO-Strategie mit ihrer «massiven Vergeltung» eines Ostangriffs durch Atomwaffen ist in Frage gestellt.

Was Wunder, dass der Ruf nach einer Verstärkung der Abwehrbereit-

schaft des Westbundes lauter und lauter ertönte, während die Furcht vor einem Einbruch der Russen in die Länder des «friedfertigen» Westens, verbunden mit einem ungezügelten Hass gegen alles Sowjetisch-Kommunistische, Millionen von westlichen Menschen die Gehirne benebelte und ihre Fähigkeit zu ruhigem Denken lähmte. In Westdeutschland fühlte nach einer Meinungsumfrage jeder zweite Bürger, «dass wir durch Russland bedroht sind» – und nicht viel besser stand es in der Schweiz. Die Tschechenbegeisterung nährte sich jedenfalls grossenteils von Russenhass und Russenangst und liess fast vergessen, dass die Tschechoslowakei sozusagen ein kommunistisch-revolutionärer Staat war und bleiben wollte...

In *Ostdeutschland,* das sei nebenbei bemerkt, fand die Züchtigung der CSSR durch die fünf Warschaupaktstaaten selbstverständlich rückhaltlose Zustimmung der sogenannten Organe der öffentlichen Meinung. «Man kann», so schrieb beispielsweise das «Neue Deutschland» (27. August), «von der Einsatzbereitschaft der sowjetischen Genossen, die in Prag den konterrevolutionären Elementen Paroli bieten, nur mit allergrösster Hochachtung sprechen.» Und auch der regimetreue Bund Evangelischer Pfarrer in der Deutschen Demokratischen Republik fühlte sich «in Verantwortung vor dem Evangelium (!) und dem Weg unserer Kirche» genötigt, den Ergebnissen der «Gespräche» zwischen den Spitzenpolitikern der Sowjetunion und der Tschechoslowakei seine «volle Zustimmung» zu erteilen und zu erklären, dass es «offensichtlich keine andere Möglichkeit als die militärischer Massnahmen gegeben hat, die Interessen der sozialistischen Staaten zu wahren». Von der Wahrheit über die Tschechoslowakei scheinen auch diese Pfarrer gänzlich abgesperrt zu sein...

In Westdeutschland anderseits, aber auch im übrigen Westeuropa und in der Vereinigten Staaten, scheint man völlig vergessen zu haben, dass an der russischen Furcht vor einem dritten deutschen Angriffskrieg, mit der Moskau seinen «vorbauenden» Gegenstoss in die Tschechoslowakei – einen eigentlichen Wink mit dem Zaunpfahl –, gleichfalls begründet, *die Bundesrepublik selber entscheidend mitschuldig ist.* Ich habe das schon im letzten Heft der «Neuen Wege» festgestellt und will es heute nachdrücklich unterstreichen. Die Träger der westdeutschen Aussenpolitik – und hinter ihnen steht die grosse Masse des bundesrepublikanischen Fussvolkes – haben sich niemals mit den politischen Ergebnissen der Niederlage von 1945 abgefunden. Sie gehen seit der Gründung der Bundesrepublik, bald mit gröberen, bald mit feineren Mitteln, darauf aus, sie auszulöschen und zu diesem Zweck zunächst den Ostblock aufzuspalten. Wie Karl Linke in der «Stimme der Gemeinde» (15. September) nur zu richtig bemerkt, hat die Ostpolitik der Grossen Koalition «den schweren Fehler begangen, dort einzusetzen, wo es ihr am leichtesten erschien: in Rumänien, Jugoslawien und der Tschechoslowakei. Ihre Erfolge dort hat sie teuer erkauft mit dem wachsenden Unbehagen der Sowjetunion und der übrigen Ostblockstaaten... Weder die völlige Annullierung des Münchner Abkommens, noch die Anerkennung der bestehenden Grenzen, noch die Anerkennung der DDR stehen auf

ihrem Programm. Die Sowjetunion hat die Macht, auf diesen Forderungen zu bestehen, und sie kann hier des Einverständnisses sämtlicher Ostblockstaaten sicher sein. Sie hat aber auch ein moralisches Recht darauf. Und es wird in Europa solange keine Ruhe und keinen neuen politischen Anfang über die Blockgrenze hinweg geben, als diese Forderungen nicht erfüllt sind.»

Herr Kiesinger, der exnazistische Bundeskanzler, hat zwar sehr empört getan, als der Sowjetbotschafter in Bonn von ihm eine *völlige Umkehr der westdeutschen Ostpolitik* verlangte, und die gleiche selbstgerechte Ablehnung einer solchen Kursänderung spricht aus den meisten öffentlichen Kundgebungen in der Bundesrepublik. Dies, obwohl die Sowjetunion nach der Satzung der Vereinten Nationen (Artikel 107 und 53) das Recht hätte, auch in die Bundesrepublik einzurücken, wenn sie diesen Einmarsch als notwendige Massnahme gegen einen «Feindstaat» hinstellte, der dem Potsdamer Abkommen mit seinen Bestimmungen über Deutschlands Abrüstung dauernd zuwiderhandle. Vergeblich sucht die Bonner Regierung von ihren Verbündeten in der NATO ein Hilfsversprechen für einen solchen Fall zu erlangen; sie wird dieses Versprechen nicht eindeutig bekommen, soviel unverbindliche Solidaritätserklärungen auch vor allem die Washingtoner Regierung gegenüber Bonn abgeben mag. Denn hier – und damit stossen wir auf den Kern der internationalen Auseinandersetzungen über die Tschechoslowakei – gehen die Interessen der Vereinigten Staaten und diejenigen der Bundesrepublik bei ihrer heutigen Führung weit auseinander. Wir haben diese Zusammenhänge schon in unserer September-Rundschau klarzustellen gesucht und wiederholen es: Die Sowjetunion hätte niemals die Tschechoslowakei zu besetzen gewagt, wenn sie nicht sicher gewesen wäre, dass sich die Vereinigten Staaten jedes Eingriffs in Angelegenheiten der sowjetischen «Interessensphäre» streng enthalten würden. Moskau und Washington wollen *fast bedingungslos friedlich koexistieren.* Sie garantieren sich gegenseitig nicht nur ihren Besitzstand, sondern auch das Recht, innerhalb ihrer Einflusszone gewaltsam «Ordnung zu schaffen». «Nur solange die beiden Führungsmächte ihre Verbündeten fest im Griff haben, ist die gegenseitige Garantie wirksam», stellt der westdeutsche «Spiegel» (Nr. 36) fest. «In der Tschechoslowakei hat die Sowjetunion vorexerziert, wie die Überwachung der Blockwarte funktionieren kann: Ein Block-Insasse wurde zur Raison gebracht. Parallel dazu könnte Washington eventuell in stiller Übereinkunft mit Moskau eines Tages auch die Bundesrepublik daran hindern, dass sie den Status quo in Frage stellt. Tatsächlich ist die Politik des Ausgleichs, die Washington gegenüber Moskau anstrebt, etwas fundamental anderes als die Entspannungspolitik Bonns gegenüber dem Osten. Die Politik des Ausgleichs zielt auf eine Reduzierung des Kriegsrisikos durch ein Arrangement der beiden Weltmächte bei Respektierung der gegenseitigen Einflusssphäre ab. Die Entspannungspolitik der Bundesregierung will auf der anderen Seite gerade die Blockruhe stören.»

Die Folgerung aus all dem liegt klar auf der Hand: Westdeutschland muss im höchsten Eigeninteresse *seine Ostpolitik von Grund auf neugestalten.* Von einem drohenden Übergang der Tschechoslowakei ins West-

lager konnte zwar gewiss im Sommer 1968 keine Rede sein; aber dass auf die Länge ein hochgerüstetes und nach neuer Ausdehnung in den Osten hinein trachtendes Westdeutschland eine ernste Gefahr für die Sowjetunion und den Zusammenhalt des Ostblocks darstellt, steht dennoch ausser Zweifel. Und dass die Sowjetregierung aus dieser Sachlage bei jeder Gelegenheit für ihren Anspruch auf Vorherrschaft im Ostblock Nutzen zu ziehen sucht, das hat die Tschechenkrise aufs neue deutlich erwiesen. In der genannten vielgelesenen westdeutschen Wochenschrift (Nr. 37) sagt es denn auch Rudolf Augstein klar genug: «Nichts nützt der Sowjetunion in ihrem Glacis (das heisst im Vorfeld ihrer Kerngebiete) so sehr wie das Bild eines westdeutschen Staates, der die NATO zu einem Institut des roll back (der Zurückdrängung des kommunistischen Einflussbereichs) ausbauen, der die DDR und die verlorenen Ostgebiete durch alle möglichen Spielarten aktiver Beeinflussung zurückgewinnen will... Darum wäre es kluge Politik, oder sagen wir es wäre Politik, offiziell abzuschreiben, was im Geiste und de facto längst aufgegeben worden ist. Es gibt kein Deutsches Reich mehr, und unser Anspruch, wir müssten der DDR die Freiheit verschaffen, hilft dem Sowjetimperium, seinen Bereich zu kontrollieren... Hingegen entspricht die Nicht-Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze den heimlichsten Absichten der Sowjets, sie hält Polen an Russlands Seite; wiederum kein Grund für die Bundesrepublik, daran festzuhalten. Die Bundesrepublik muss dem Bismarck und Preussens Friedrich, muss der bisherigen deutschen Geschichte Ade sagen.» Was Friedrich Wilhelm Förster schon seit den Tagen des Ersten Weltkrieges unermüdlich gefordert hat und was auch wir in diesen Heften immer wieder sagen! Ohne das gibt es keinen Frieden und keine Freiheit in West- und Osteuropa, keinen heilsamen Wettbewerb des Sozialismus mit dem Kapitalismus, während der jetzige Zustand nur immer wieder zu Kriegsgefahr und zu Freiheitsvergewaltigung im Namen der Verteidigung gegen Bedrohung von aussen führt.

Von Vietnam bis Portugal Wie man in Washington, bei allem Wortprotest gegen das russische Vorgehen, nichts Wirksames tut, um der Tschechoslowakei zu helfen, so lässt man auch in Moskau im Grund den Amerikanern freie Hand in *Vietnam,* trotz vorsichtiger propagandistischer und militärischer Unterstützung, die man den vietnamesischen Freiheitskämpfern zukommen lässt. Der Krieg geht also weiter, bis – ja bis wann? Etwa bis der neue amerikanische Präsident gewählt und eingesetzt ist? Möglich; der demokratische Präsidentschaftsanwärter Humphrey verspricht ja, die amerikanischen Bombenangriffe auf Nordvietnam abblasen zu lassen, falls er gewählt werde. Aber es ist sehr unwahrscheinlich, dass er damit viele Wählerstimmen auf sich zieht und den Vorsprung aufhebt, den jetzt sein republikanischer Gegner Nixon in der Volksgunst offenbar hat. Die «Harten» werden von vornherein Nixon vorziehen, und die «Weichen», die vom Vietnamkrieg genug und übergenug haben, werden Humphrey um so weniger trauen, als er bisher die ganze Vietnampolitik Johnsons mitverantwortet hat und ausdrücklich er-

klärt, er stehe auch jetzt noch vollkommen zu ihr. Die Friedensaussichten für Vietnam sind also nach wie vor recht schwach.

Der Krieg geht auch in *Nigeria-Biafra* weiter, mit dem Ergebnis, dass nach Rotkreuzberichten täglich acht- bis zehntausend Flüchtlinge in Biafra Hungers sterben. Man versuche sich das vorzustellen – nein, man *kann* es sich gar nicht vorstellen. Es schreit zum Himmel! Ob um *Israel* ebenfalls wieder gekämpft werden muss, scheint nur eine Frage der Zeit zu sein. Die Sowjetregierung macht jedenfalls die arabischen Staaten weiterhin kriegsbereit und droht den Israeli andauernd mit Rache für den Junisieg von 1967. Aber es ist wohl möglich, dass sie dabei nur im Sinn hat, auch im Nahen Osten die Grenzlinien zwischen der russischen und der amerikanischen Einflusszone festlegen zu lassen, ohne dass es zu einem neuen Krieg um Israel kommt. Grossen Vorteil kann sich Moskau aus einem vierten Waffengang zwischen Israel und den Arabern kaum versprechen, so schmerzhaft für die Sowjetregierung auch die letzte Niederlage ihrer arabischen Schützlinge war.

Erfreulich auch für die Sache des Friedens war der Wahlsieg der sozialdemokratischen Regierung *Schwedens*. Dass trotz aller fast normalen Abnützung einer Regierungspartei, die 36 Jahre lang am Ruder war, die schwedische Sozialdemokratie ihre Stellung nicht nur behauptet, sondern entscheidend verbessert hat und nunmehr allein, mit einer bequemen Mehrheit im Parlament, regieren kann, ist aber keineswegs in erster Linie eine Rückwirkung der Tschechenkrise. Sonst wären nicht die Parteien der Rechten – neben den Kommunisten – die Leidtragenden im Wahlkampf geblieben, sondern hätten kräftig gewinnen müssen. Aber offensichtlich ist die schwedische Wählerschaft mit den Leistungen der Regierung Erlander viel zufriedener, als das die bürgerlichen Parteien wahr haben wollten, die sich schon auf den Sturz Erlanders vorbereitet hatten. Schweden hat eben tatsächlich einen wenn auch keineswegs sozialistischen, so doch sozialfortschrittlichen Wohlstandsstaat mit einer Lebenshaltung, wie sie in Europa so hoch nirgends vorkommt, mit verhältnismässig geringen Einkommensunterschieden und den höchsten Pro-Kopf-Ausgaben in der ganzen Welt für Wohnungsbau. Und aussenpolitisch nimmt die Regierung recht unerschrokken Partei für Frieden und Freiheit, so in bezug auf Vietnam, Griechenland und Rhodesien. Sie lud unter anderem den nordvietnamesischen Botschafter in Moskau ein, einer Sitzung des Parlaments beizuwohnen, und bei einer nachfolgenden Kundgebung gegen Amerika marschierte sogar der Erziehungsminister Palme (den man als «Kronprinzen» ansieht) Arm in Arm mit dem Botschafter Hanois durch die Strassen von Stockholm. Man male sich aus, was in der Schweiz geschähe, wenn etwa Bundesrat Spühler (der schliesslich so etwas wie ein Sozialdemokrat ist), die Tollheit hätte, sich in der Öffentlichkeit ähnlich blosszustellen! ...

Eher hoffnungserweckend ist auch das krankheitsbedingte Ausscheiden Ministerpräsident Salazars aus der *portugiesischen* Politik. Was man immer zur Entschuldigung Salazars anführen mag – seine 36jährige Regierungszeit

war eine abscheuliche Periode. Der «Faschismus im Namen Jesu», wie Salazars Regiment einmal genannt wurde, hat Portugal geistig, politisch und sozial auf einem Stand festgehalten, der – trotz Francos Spanien – einzigartig unmenschlich und grausam ist. Seine Wirtschafts- und Finanz«ordnung» beruht auf der Ausbeutung seiner grossen afrikanischen Kolonien und auf der Ueberlassung seiner Naturschätze und Produktionskräfte an ausländische kapitalistische Unternehmungen. Die Mehrzahl der portugiesischen Arbeiter und Bauern lebt in so elenden Verhältnissen, dass die Auswanderung immer grössere Ausmasse annimmt (auch die Geistesarbeiter suchen mehr und mehr ihre Lebens- und Arbeitsfreiheit im Ausland). Seit 1926 sind etwa 200 000 Bauernbetriebe verschwunden; allein nach Frankreich wanderten im Jahre 1964 etwa 45 000 Portugiesen aus, gegen erst 1500 im Jahre 1956. Nach einer letzten Zählung konnten in Portugal 35 Prozent der Männer und 52 Prozent der Frauen weder lesen noch schreiben. Die öffentliche Gesundheitspflege ist so schlecht wie sonst nirgends in Europa; die Kindersterblichkeit ist besonders grauenhaft. Und so weiter. Blühend ist allein die Geheimpolizei, die geradezu allmächtig geworden ist und jeden Ansatz zu selbständigem Denken und Handeln erstickt. Zum ganzen Bild gehört auch, dass dieses Portugal einer der treuesten Freunde des westdeutschen Regimes ist und in Beja der Bonner Regierung den grössten Militärflugplatz zur Verfügung stellt, den sie ausserhalb Deutschlands besitzt. Ob es unter Salazars Nachfolger, Professor Caetano, mit all dem besser werden wird, steht dahin. Wahrscheinlich wird auch Portugal erst einigermassen liberalisiert, wenn in *Spanien* die Diktatur unhaltbar geworden ist. General Franco wird es kaum mehr lang an der Spitze der Regierung aushalten, falls er nicht schon jetzt, bei seinem Gesundheitszustand, tatsächlich regierungsunfähig ist.

Revolutionäre Katholiken in Lateinamerika

Sehr im Gegensatz zu Portugal und Spanien, wo nur eine kleine Minderheit katholischer Geistlicher (besonders der jüngere Klerus in Katalonien und im Baskenland) für soziale und politische Reformen einsteht, erfreut sich die Bewegung für die so lang schon fällige Umwälzung in Lateinamerika in immer stärkerem Masse der Unterstützung der katholischen Kirche und ihrer Würdenträger. Erst vor kurzem haben 800 lateinamerikanische Priester offen die Vereinbarkeit von gewaltsamem Kampf gegen soziale und politische Unterdrückung mit der christlichen Lehre und Lebensführung verkündet. Und schon seit Jahren findet man tatsächlich gläubige Katholiken, ja Priester unter den Guerillakämpfern einer Reihe mittel- und südamerikanischer Länder. Am berühmtesten wurde – wie auch an dieser Stelle wiederholt erwähnt wurde – der kolumbianische Priester Camillo Torres, der nach vergeblicher Predigt gewaltlosen Widerstandes gegen die kapitalistisch-feudalistische Ausbeuterherrschaft den Kampf an der Seite der bewaffneten Revolutionäre aufnahm und darin sein Leben opferte.

In Guatemala machte kürzlich der Fall des nordamerikanischen Priesters Blase Bonpane Aufsehen, der sich der Bauernrevolte angeschlossen hatte

und mit zwei Amtsbrüdern und einer Klosterschwester des Landes verwiesen wurde. Wie diese katholischen Geistlichen arbeiten, erläutert in dem «Bulletin des Fränkischen Kreises» (August 1968) Professor L. L. Matthias:

«Ich habe einen dieser lateinamerikanischen Priester gut gekannt. (Ich darf seinen Namen nicht nennen, da er noch lebt und tätig ist.) Diese Priester leben meistens in abgelegenen Gebieten, wo sie niemand stören kann, und gehen systematisch an ihre Arbeit. Der, den ich kannte, betreute eine Gemeinde von nicht weniger als 60 000 Seelen und hatte damit begonnen, sich das Vertrauen seiner Indios zu erwerben. Er sprach mit ihnen nur in ihrer eigenen, präkolumbianischen Indianersprache; predigte sogar in dieser Sprache und gestattete den Indios, auch an hohen katholischen Feiertagen Riten der präkolumbianischen Zeit zu beachten. In weniger als drei Jahren besass er das Vertrauen sämtlicher 60 000 Indios und Indias. Die Männer kamen zu ihm, um mit ihm ihre Geschäfte zu besprechen, und die Frauen kamen mit ihren Kindern. Kommt der Tag, an dem die Indiobevölkerung begreift, was für ein infames Spiel man mit ihr seit Jahrhunderten getrieben hat, so bedarf es nur einer Handbewegung dieses Mannes, und die Indios werden marschieren.»

Man hätte eigentlich erwarten können, dass Papst Paul VI. bei seinem Blitzbesuch in Bogotà, der Hauptstadt *Kolumbiens,* anlässlich des dortigen Eucharistischen Kongresses auch kräftige Worte über die Notwendigkeit einer gründlichen sozialen Umwälzung in diesem Land finden würde. Allein über allgemeine Redensarten von Recht und Unrecht der herrschenden Ordnungen, über eine Verurteilung aller Gewaltanwendung im sozialen Kampf und über die Verwerfung der künstlichen Geburtenbeschränkung kam der «Stellvertreter Christi» doch nicht hinaus. Dies in einem Lande, das eine höhere Geburtenzahl hat als Indien, und in dem als einzigem lateinamerikanischen Staat die Geburtenregelung offizielle Politik geworden ist mit dem Erfolg, dass jetzt etliche 350 000 kolumbianische Frauen die «Pille» nehmen! ... Man wird von einer Regierung, an deren Spitze der fortschrittlich gesinnte, kein Blatt vor den Mund nehmende Präsident Lleras steht, noch allerhand bahnbrechende Neuerungen erwarten dürfen.

Im mittelamerikanischen *Guatemala* muss die Reformbewegung noch immer vom Untergrund aus kämpfen. Es ist noch nicht lange her, dass der dortige Botschafter der Vereinigten Staaten, Mein, auf offener Strasse von Guerilleros getötet wurde als einer der Hauptvertreter der kolonialen Beherrschung Guatemalas durch nordamerikanische Kapital- und Staatsmacht. Wir haben seinerzeit, aus Anlass des von Washington aus betriebenen Sturzes des reformfreudigen Präsidenten Jacobo Arbenz (1954), ausführlich über die ganze Lage in Guatemala berichtet und zu zeigen versucht, wie unwiderstehlich die Notlage des gewöhnlichen Volkes und ihre Ausbeutung durch ausländisches Kapital zu radikalen Reformen, wenn nicht zur bewaffneten Revolution drängt. Es ist seither nicht besser geworden. Der vorhin genannte Reverend Bonpane schreibt darüber in den Londoner «Peace News» unter anderem:

«In Guatemala steht US-Militär hinter einer Oligarchie von zwei Prozent des Volkes, die 80 Prozent des Bodens besitzt und die dazugehörige Macht ausübt. Wir haben der Armee Waffen geliefert, Bomber, Hubschrauber usw. und das Personal dazu. Wir haben der Polizei geholfen, neues Personal anzuwerben, und wir haben ihr neue Schusswaffen geliefert. Ein Doppelposten der Polizei steht jetzt an jeder Strassenecke. Der Geheimpolizei haben wir ihre Waffen besorgt. Es ist nichts als die reine Wahrheit, zu sagen: Die Armee Guatemalas ist unsere Armee. Diente sie dem Volke, so möchte es beruhigend sein zu wissen, dass wir in Lateinamerika ein Instrument der Ruhe und Ordnung haben. Aber diese Armee steht im Dienste der Korruption. Sie dient einer Gesellschaft, in der die Mehrzahl der Menschen Hunger leidet. Mehr als die Hälfte des Volkes ist unterernährt. Ein Taglohn von 50 Cents ist in Guatemala überdurchschnittlich. Aber das Fleisch kostet 40 Cents das Pfund und Eier 50 bis 60 Cents das Dutzend. Das bedeutet, dass die Menschen sich nicht satt essen können und die Kinder ohne sachliche Begründung sterben. Von den 70 000 Menschen, die jährlich sterben, sind 30 000 Kinder. Die Kindersterblichkeit in Guatemala ist 40mal so hoch wie in den USA.»

Father Bonpane warnt aufs eindringlichste vor einer Fortsetzung der nordamerikanischen Politik gegenüber diesem Land. «Guatemala», so schreibt er, «macht einen Eindruck wie Vietnam vor ein paar Jahren. Da gibt es dieselben Hunderte von militärischen ‚Beratern', dieselbe korrupte Regierung, dieselbe geradezu verrückte Furcht vor dem Kommunismus, aber auch dieselben Bauerngruppen, die, wenn auch noch schwach, doch fest entschlossen sind, ihr Land nicht zum Raub einer fremden Macht werden zu lassen... Der Guerilla ist eben nicht ein grobschlächtiger Bandit. Mein Bild von ihm ist: ein schweigsamer, belesener, hingebungsvoller Mensch, der nur zögernd zu der Erkenntnis gekommen ist – die übrigens von der Mehrheit der lateinamerikanischen Soziologen geteilt wird –, dass das einzige Mittel, die gegenwärtige Machtstruktur in Lateinamerika zu ändern, die Anwendung von Gewalt ist. Oftmals kommt der Guerilla zu dieser Überzeugung, weil er ein Christ ist. Die Entwicklung der christlichen Mystik in der bewaffneten Bewegung Lateinamerikas mag die auslösende Kraft sein, die in diesen Ländern eine Revolution schneller zum Ausbruch bringen mag, als wir denken.»

Der Mann wird Recht bekommen. Die Herrschenden in seinem Vaterland werden auf Mahnungen zur Umkehr ihrer Haltung gegenüber Lateinamerika so wenig achten, wie sie – trotz den fürchterlichen Ergebnissen, die sie gehabt hat – ihre verblendete Gewaltpolitik gegenüber Vietnam geändert haben. Sie werden darum auch dort die Folgen zu tragen haben. Wer Wind sät, wird Sturm ernten.

3. Oktober *Hugo Kramer*